

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung

9. Sitzung
8. Juni 2022

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.05 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) und Frau Staatssekretärin Gomis (SenJustVA) repräsentiert.

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Die Sitzung werde in einen anderen Raum im Abgeordnetenhaus, wo sich die Medienvertreter/innen eingefunden haben, und überdies live auf der Homepage des Abgeordnetenhaus (Stream) übertragen.
- Das pandemiebedingte Raumkonzept lege fest, dass nach zwei Stunden eine 15 minütige Lüftungspause einzulegen sei.

Er genehmigt den anwesenden Medienvertreter/innen die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung des Präsidenten vom 28. Januar 2022. Er stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses der 19. Wahlperiode ruft der Vorsitzende die schriftlich eingereichten Fragen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) und Frau Staatssekretärin Gomis (SenJustVA)

beantworten diese sowie mündliche Nachfragen (zu den Antworten und Nachfragen vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der Justizminister/innenkonferenz insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen zur Reduzierung der Ersatzfreiheitsstrafen?“
(Die Linke)
- „Was tun die Senatorin und die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung dafür, dass die landeseigenen Unternehmen sowie die unter Landesaufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die gesetzlich vorgesehene 5%-Quote bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten erreichen?“
(CDU)
- „Wie bewertet der Senat die von MANEO veröffentlichten Fallzahlen zu queerfeindlicher Gewalt aus dem Jahre 2021?“
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Wie viele IntensivtäterInnen werden gegenwärtig bei der Staatsanwaltschaft Berlin geführt bzw. sind dort als solche registriert?“
(SPD)

In Bezug auf eine Nachfrage des Herrn Abg. Dörstelmann (SPD) zu der schriftlich eingereichten Frage der SPD-Fraktion (siehe oben), ob Erkenntnisse über die Intensivtäterinnen und Intensivtäter irgendwo gebündelt und auf Verbindungen ausgewertet werden, sagt Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) zu, dem Ausschuss eine schriftliche Antwort nachzureichen.

Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) beantwortet eine spontane mündliche Frage von Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) zu der jüngsten Berichterstattung zum sogenannten Böhmermann-Experiment, die lautet:

„Wie bewertet der Senat das Handeln von Polizei und vor allem von Staatsanwaltschaft? Inwieweit war die recht neu gegründete Zentralstelle Hasskriminalität der Staatsanwaltschaft eingebunden?“

Überdies beantwortet Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) eine diesbezügliche Nachfrage von Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) (vgl. Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0310
**Gesetz zur Fortschreibung des Berliner
Hochschulrechts**

[0033](#)
Recht
WissForsch(f)

Zu diesem Punkt ist Herr Dr. Christoph Schäfer, Leiter des Referats V A, Hochschulrecht, Hochschulzulassungsrecht, Hochschuldienstrecht der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenWGPG) per Videokonferenzschaltung digital zugeschaltet.

Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) und Herr Dr. Schäfer (SenWGPG) erläutern die Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und AfD, dem federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – zu empfehlen.

Der Ausschuss leitet dem federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Forschung eine entsprechende Stellungnahme zu.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0037](#)
Recht
**Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja in Berlin –
aktuelle Situation, Beratungs- und
Empowermentangebote sowie Präventionsstrategien**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu diesem Punkt eine Anhörung durchgeführt werde. Er legt dar, dass gemäß des aktuellen Ältestenratsbeschlusses Pandemie bedingt die Zahl der vor Ort im Sitzungssaal anwesenden Anzuhörenden auf zwei Personen beschränkt sei. Weitere Anzuhörende müssen per Videokonferenzschaltung digital an der Anhörung teilnehmen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich wegen der zu erfolgenden Anhörung gemäß § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Herr Abg. Walter (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Es werden gemäß § 28 Abs. 1 GO Abghs angehört und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Violeta Balog, stellvertretende Vorsitzende von Amaro Foro e.V.
- Herr Christoph Leucht, Mitarbeiter der „Hildegard-Lagrenne-Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland“ und dort zuständig für das „Projektmanagement Berlin“,
- Herr Hamze Bytyçi, Vorstandsvorsitzender von RomaTrial e.V.,

- Frau Svetlana Kostić, Mitglied bei RomaniPhen e.V. und
- Frau Dotschy Reinhardt, Mitglied im „Landesrat Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V.“.

Herr Bytyçi, Frau Kostić und Frau Reinhardt nehmen per Videokonferenzschaltung an der Anhörung teil.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Kreck (SenJustVA) und Frau Staatssekretärin Gomis (SenJustVA) Stellung nehmen, kommt der Ausschuss entsprechend der langjährigen Praxis des Ausschusses überein, den Besprechungspunkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert über die kommende, reguläre, auswärtige Sitzung des Ausschusses am Landgericht Berlin am Standort Turmstraße am 22. Juni 2022. Vor der auswärtigen Sitzung gäbe es für den Ausschuss eine Führung durch die Justizvollzugsanstalt Moabit und das Kriminalgericht in Moabit. Er legt Einzelheiten des Programms dar und weist auf Organisatorisches hin.

Der Vorsitzende stellt Einvernehmen des Ausschusses darüber her, dass in der kommenden auswärtigen Sitzung aufgrund des engen Zeitrahmens keine Aktuelle Viertelstunde erfolge.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er heute am 8. Juni 2022 nach § 25 Abs. 3, S. 2 GO Abghs eine Sondersitzung einberufen habe, die am 13. Juni 2022 von 10.00 bis 13.00 Uhr nach dem derzeitigen Kenntnisstand im Sitzungsraum 113 stattfinde.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Sven Rissmann

Orkan Özdemir